

2.10 Frankfurt als Kooperationspartner

Unser Konzept heißt: die Position Frankfurts stärken. Unser Ziel ist eine einflussreiche Stadt. Integration findet immer vor Ort statt. Doch entscheidende Kompetenzen liegen nicht bei den Kommunen, weder bei grundsätzlichen Entscheidungen zu Einwanderung oder Staatsangehörigkeit, noch in vielen Fragen von Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Neben der Landes- und Bundesregierung wirkt die Europäische Union auch in der Integrationspolitik zunehmend gestaltend. Kommunale Politik und Verwaltung sind nah an der Realität konkreter Probleme. Ihre Ansätze haben daher oft die Rolle von Pilotversuchen, an denen sich Erfolge und Schwierigkeiten im Einzelfall erweisen. Wir in Frankfurt verbinden mit unserer Integrationspolitik seit vielen Jahren das Bewusstsein einer Vorreiter-Rolle. Wir wollen unsere Erfahrungen weitergeben und sind zugleich auf Kooperation angewiesen, sowohl international wie auch im näheren Umfeld. Wir möchten durch den Erfahrungsaustausch mit anderen gewinnen, aber auch unsere Interessen als Stadt wirkungsvoll vertreten.

Regionale Zusammenarbeit

Ausgangssituation

Das Frankfurter Verständnis von Integration ist das einer Querschnittsaufgabe verschiedener Akteure. Das Dezernat für Integration hat mit dem AmKA dabei eine doppelte Funktion als Koordinator und als Impulsgeber. Zukünftig sind ihm auch Aufgaben von Monitoring und verstärkter Berichterstattung zugewiesen. Frankfurt sieht sich auch regional in der Rolle eines „Schrittmachers sozialen und kulturellen Wandels“ (Petra Roth). Im Rhein-Main-Gebiet hat Frankfurt für viele Bevölkerungsgruppen die Funktion eines wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkts. Als größte und internationalste Stadt Hessens hat Frankfurt landesweit eine Sonderrolle und ein besonderes Gewicht.

Bereits die Lebenswirklichkeit der Menschen, ihre häufigen Zu- und Wegzüge, ihre Arbeitswelt und ihre Freizeitgestaltung, verbinden Frankfurt als ausgeprägte Pendlerstadt mit seinem Umland. Die Kooperation mit Nachbargemeinden und Landkreisen ist daher angezeigt und auf manchen Politikfeldern bereits Alltag. Zumal im Bereich der Integrationspolitik liegen wichtige Kompetenzen auf Landesebene. Ständige Ansprechpartner sind daher neben dem Regierungspräsidium Darmstadt, die Ministerien in Wiesbaden; im Bereich der inneren Sicherheit kooperiert Frankfurt auch mit dem

Polizeipräsidium, dem Landeskriminalamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz.

Wichtige Partner städtischer Integrationspolitik, wie z.B. die Wirtschaftskammern, die Kirchen und religiösen Gemeinden, aber auch viele Migrantenorganisationen, soziale Träger und Initiativen haben bereits ihrem Selbstverständnis nach eine regionale und überregionale Ausstrahlung. Eine weite Anziehungskraft geht auch von den Frankfurter Forschungsinstituten, Hochschulen und Kulturinstitutionen aus, die gleichfalls zur Internationalisierung unserer Stadt und zum Gelingen von Integration beitragen.

Entwicklungen und mögliche Ansätze

Ungeachtet der offenen Frage einer eventuellen politischen Verfasstheit, bemüht sich die Region Frankfurt-Rhein-Main bereits erfolgreich um eine nähere Zusammenarbeit. Beispiele der Kooperation sind die Kultur GmbH wie auch der Rat der Region, der in der Lage ist, bei Bedarf integrationspolitische Themen zu behandeln. Nicht zuletzt unterstützen zahlreiche private Initiativen, wie z.B. die Wirtschaftsinitiative RheinMain, die Initiative der 'Themenwelten' oder auch Stiftungen und private Unternehmen und Mäzene eine vermehrte regionale Kooperation. Auch der 'Rat der Region' könnte als ein Gremium dienen, um ggf. nötigen Abstimmungsbedarf zu erörtern. Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main erarbeitet als verfasstes Organ der Region nicht nur den regionalen Flächennutzungsplan für die sich im Kern befindenden 75 Städte und Gemeinden, sondern analysiert Entwicklungen, die gerade auch integrationspolitisch von Relevanz sind, wie z.B. Demographie und Beschäftigungsstruktur. Der Planungsverband wirkt durch das von ihm erarbeitete Leitbild und Einzelprojekte daran mit, das Profil der Metropolregion zu schärfen. Die im Leitbild herausgestellte Internationalität und Integrationskraft der Region steht auch im Mittelpunkt des Außenmarketing sowohl der kommunalen Wirtschaftsförderungen, wie auch der Frankfurt-Rhein-Main GmbH oder der HessenAgentur. Ein gemeinsames Bemühen ist es, als weltoffene und liberale Region international attraktiv zu sein.

Beispiel: Initiative Wissensregion Frankfurt-Rhein-Main. Die Initiative Wissensregion Frankfurt-Rhein-Main ist ein auf Einladung des Planungsverbandes entstandenes Netzwerk aus Hochschulen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Unternehmen, Verbänden und Politik für gemeinsame Projekte und Kooperationen. Ziele des Netzwerks sind, die regionalen Wertschöpfungsnetze zu stärken, Innovationen und Bildung zu fördern sowie Zuwanderer für die Region zu begeistern. Als Ziel der regionalen Wirtschaftsförderungspolitik wird beschrieben, junge Familien, Fach- und Führungskräfte, Kreative, Wissenschaftler und Studierende durch ein tolerantes und familienfreundliches Umfeld für die Region zu begeistern. Als Voraussetzung wird genannt, dass Deutschland insgesamt ein attraktives Einwanderungsland mit niedrigeren Hürden für qualifizierte Arbeitsmigranten wird.

In wichtigen integrationspolitischen Handlungsfeldern liegen entscheidende Kompetenzen auf Landesebene, so z.B. in Fragen von Schulpolitik, Lehrerbildung und Lehrerfortbildung, in Fragen von innerer Sicherheit und Sozialpolitik. Die Zuweisung von Flüchtlingen auf Kommunen erfolgt im Falle Frankfurts durch das Regierungspräsidium Darmstadt, das auch bei allen

Einbürgerungen zuständige Stelle ist. In Fällen, in denen im Bundesgebiet sich aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländern nach dem Gesetz eigentlich keine weitere Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, kann die Härtefallkommission bei dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport als behördenunabhängiges Gremium auf dem Weg der Selbstbefassung tätig werden und Härtefallersuchen an die für das Aufenthaltsrecht zuständige oberste Landesbehörde stellen.

Die besondere Rolle und Situation der Frankfurter Integrationspolitik wird von der Landesregierung anerkannt. Zwischen den Frankfurter Dezernaten und den zuständigen Stellen der Landesregierung besteht ein beinahe täglicher Informationsaustausch. In allen bildungspolitischen Belangen der Integrationspolitik besteht ein ständiger Kontakt zum staatlichen Schulamt Frankfurt. Auch die Kooperation mit dem Polizeipräsidium in Fragen interkultureller Kompetenz und Präventionsarbeit ist seit vielen Jahren eingespielt, z.B. beim Projekt „Polizei und Migranten im Dialog.“ Frankfurt ist ein aktiver Partner in besonderen Projektvorhaben der Landesregierung, z.B. im Integrationslotsennetzwerk, in dem das AmkA in Kooperation mit dem Hessischen Jugendring und dem Frankfurter Jugendring sowie mit dem Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit Fortbildungen anbietet. Einige Projekte der Stadt Frankfurt werden weiterhin aus Landesmitteln gefördert, z.B. Kurse im Projekt ‚Mama-lernt-Deutsch‘. Die Dezernentin für Integration ist Mitglied im Integrationsbeirat der Landesregierung. Das AmkA ist Mitglied im Arbeitsgremium der hessischen Integrationsbeauftragten bei der Landesregierung. Landesweit ist der Hessische Städtetag ein Gremium, um kommunale Erfahrungen und Anliegen in der Integrationspolitik zu behandeln und ggf. gemeinsam zu vertreten. Es bleibt Interesse und Anspruch der Stadt Frankfurt, im Fall landespolitischer Pilotvorhaben oder bei neuen Maßnahmen, die Auswirkungen unsere Stadt haben, von vornherein als Partner beteiligt zu werden.

Beispiel: Gesprächsreihe Moscheegemeinden und Verfassungsschutz.

Seit 2007 organisiert das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in einer Veranstaltungs- und Gesprächsreihe den direkten Kontakt zwischen Frankfurter Moscheegemeinden und -verbänden, zusammen mit dem Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz. Die von beiden Seiten sehr positiv aufgenommene Initiative ermöglicht es, in einem vertraulichen Rahmen das jeweilige Selbstverständnis und die Arbeits- und Funktionsweisen zu erläutern, Fragen direkt zu formulieren sowie Kritik, Bedenken und Handlungsbedarfe direkt zu kommunizieren.

Zusammenarbeit im Bundesgebiet

Ausgangssituation

Als Großstadt und Zentrum von Wirtschaft, Kultur und Infrastruktur ist Frankfurt mit dem Bundesgebiet in vielerlei Hinsicht eng verflochten. Dabei befindet sich Frankfurt-Rhein-Main auch in einem Standortwettbewerb mit anderen Ballungszentren.

Wesentliche Fragen erfolgreicher Integration werden durch die Gesetzgebung des Bundes geregelt. Unterschiedliche Ansätze der Länder werden auf regelmäßigen Treffen der für Integration zuständigen Minister und Senatoren besprochen und teilweise vereinheitlicht, so z.B. Ansätze eines neuen Integrationsmonitoring durch eine Arbeitsgruppe der Länder (seit 2008). Zentrale Regelungen sind für viele Kommunen und Regionen, die schon heute rund 80% staatlicher Aufgaben umsetzen, auch wegen möglicher Folgekosten für kommunale Haushalte nicht unproblematisch und im Einzelfall vor Ort manchmal wenig praktikabel.

Die deutschen Kommunen tragen die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln wie auch das Institut für Urbanistik in Berlin, die in Arbeitspapieren kommunale Erfahrungen und Positionen aufbereiten und in Seminaren Erfahrungsaustausch und Fortbildung organisieren. Dabei sind Fragen von Integration und integrierter Stadtentwicklung zunehmend in den Fokus gerückt. Der Deutsche Städtetag ist die zentrale Plattform kommunaler Interessensvertretung und hat schon wiederholt Arbeitspapiere zu Fragen kommunaler Integrationspolitik vorgelegt, so z.B. zu Bildung und Weiterbildung, Alter und Migration, zu Stadtentwicklungspolitik und zu Fragen des demographischen Wandels.

Arbeitsgruppe „Integration“ beim Deutschen Städtetag. Seit 2008 ist das Amt für multikulturelle Angelegenheiten Mitglied der neuen Arbeitsgruppe „Integration“. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, kommunale Fachleute zusammenzubringen sowie über Strategien und Einzelfragen kommunaler Integrationspolitik zu beraten. Die Arbeitsgruppe tagt zweimal jährlich. Im September 2009 findet die zweite Sitzung mit den Schwerpunkten „Religiöse Vielfalt durch Einwanderung“ und „Islamkonferenz und ihre Bedeutung für die kommunale Politik“ statt.

Entwicklungen und mögliche Ansätze

Die Kooperationen Frankfurts in verschiedenen bundesweiten Netzwerken sind für die Weiterentwicklung der eigenen Arbeit, aber auch für die Außendarstellung und Interessensvertretung Frankfurter Politik von Nutzen. Auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Mai 2009 wurde Frau Oberbürgermeisterin Roth zur neuen Präsidentin gewählt. Das verabschiedete Thesenpapier spricht auch Fragen der individuellen Bildungsförderung an, sowie Fragen von Familien mit sozialen Problemlagen.

Beispiel: Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik. Der Arbeitskreis ist das Nachfolgegremium des KGSt-Innovationszirkels Integrationsmonitoring, der unter Beteiligung von 20 Stadtverwaltungen Materialien zum Integrationsmonitoring (2006) und zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung (2008) erarbeitet hat. Im neuen Qualitätszirkel sollen durch den strukturierten Austausch von Integrationsbeauftragten aus ca. 35 Städten und Landkreisen erfolgreiche Strategien kommunaler Integrationspolitik und ein verbessertes Integrationsmonitoring weiterentwickelt werden. Über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird aus dem Europäischen Integrationsfond die Arbeitsgruppe gefördert und wissenschaftlich begleitet. Die Arbeitsergebnisse werden in Form von Handlungsempfehlungen über die kommunalen Spitzenver-

bände, die KGSt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Stab der Bundes- und Länderbeauftragten verbreitet.

Das Dezernat für Integration beteiligt sich durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten aktiv an den Konferenzen der Bundesbeauftragten für Integration. Das AmkA ist Mitglied im Arbeitskreis Migration und Gesundheit der Bundesbeauftragten. Die Erarbeitung eines Konzepts für das zukünftige Frankfurter Integrationsmonitoring erfolgte in enger Beratung mit Mitarbeitern der Bundesbeauftragten für Integration.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch die Kooperation mit Forschungsinstituten und Universitäten aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Stadt profitiert von dem besonderen Blick externer Fachleute, die neben eigenen Erfahrungen mit einer anderen lokalen Situation auch eine vergleichende Perspektive auf Entwicklungen im Bundesgebiet haben. Die wissenschaftliche Begleitung der Frankfurter Integrationspolitik trägt darüber hinaus dazu bei, Positionen und Erfolge einem weiten Kreis zu vermitteln.

Internationale Zusammenarbeit

Ausgangssituation

Wie wenige andere deutsche Städte ist Frankfurt weltweit ein ‚Begriff‘. Die Lebenswirklichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger ist mittlerweile international. Viele Einwohner leben und arbeiten in und ‚zwischen‘ verschiedenen Ländern und Städten, haben den Wunsch, ihre Familien zusammenzubringen oder Verwandte bzw. Freunde einzuladen bzw. zu besuchen. Diese Entwicklung, eine Folge zunehmender Globalisierung und wachsender Wanderungsbewegungen (auch in Folge von regionalen Krisen), verläuft quer zu verschiedenen sozialen Schichten.

Grundlage kommunaler Integrationspolitik sind daher auch internationale Vereinbarungen, wie z.B. die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention oder die EU-Charta der Menschenrechte. Integrationspolitik in Frankfurt, Hessen und Deutschland wird zunehmend auch durch konkrete Politik und Initiativen der Europäischen Union bestimmt, durch die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl-, Flüchtlings- und Visapolitik der EU ebenso wie durch den Ausbau der inneren Integration der Europäischen Union.

Neben der fortschreitenden Umsetzung der Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, einer zunehmenden Rechtsangleichung und Harmonisierung des europäischen Bildungs- und Forschungsraumes zielt die Politik der Europäischen Kommission auf einen vermehrten interkulturellen Dialog zwischen der EU 27 wie auch innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer. Dabei wird Integrationspolitik zunächst als Antidiskriminierungspolitik verstanden, in erster Linie für Unionsbürger, aber auch mit dem Blick auf Drittstaatsangehörige.

Die europäische Integrationspolitik hat dabei zunehmend den Charakter einer Querschnittspolitik. Während manchen Initiativen zur Integration von Drittstaatsangehörigen ein eher deklaratorischer Charakter zukommt, sind viele Neuerungen im Bereich der rechtlichen Harmonisierung, z.B. in Fragen von Antidiskriminierung und Familienzusammenführung, von Rechten lang-

fristig Aufenthaltsberechtigter, von Zugängen zum Arbeitsmarkt oder Fragen des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen auch für die kommunale Politik unmittelbar relevant. Ziel der Europäischen Union ist eine effiziente Politik, die der Isolation bestimmter Gruppen vorbeugen soll. Die Europäische Kommission ist insgesamt bestrebt, sektorale Defizite an Fachkräften sowie die allgemeinen demografischen Probleme auszugleichen. Vorschläge, wie z.B. der einer Blue Card, sind unter den Mitgliedstaaten umstritten. Die Unionspolitik stößt auch bei einigen Nichtregierungsorganisationen auf Kritik, die eine zunehmend restriktive Haltung an den Außengrenzen oder eine nicht ausreichende Vergemeinschaftung von Rechtslagen kritisieren.

In diesem Kontext gewinnt der europäische kommunale Erfahrungsaustausch und die sichtbare Interessensvertretung der Anliegen deutscher Kommunen in Fragen von Integrationspolitik auch für Frankfurt an Bedeutung.

Entwicklungen und mögliche Ansätze

Frankfurt ist Sitz von 92 Konsulaten und ausländischen Vertretungen, die in ständigem Kontakt mit Stadtpolitik und Verwaltung stehen. Ausländische Repräsentanzen umfassen außerdem zahlreiche Wirtschaftsvertretungen und mehrere Kulturinstitute. Auch ausländische Kulturvereine und nicht zuletzt internationale Schulen bereichern durch ihre Netzwerke und Gäste nicht nur den städtischen Alltag sondern auch die Möglichkeiten informeller kommunaler 'Außenpolitik'. Frankfurt, das sich früh als Europastadt verstanden hat, ist der Lebensmittelpunkt von Unionsbürgern mit vollem kommunalem Wahlrecht. Als Sitz der Europäischen Zentralbank, die sich zunehmend in öffentlichen Veranstaltungen und Kulturtagen engagiert, findet Frankfurt europaweit Aufmerksamkeit. Als Finanzzentrum und Sitz der Deutschen Börse und als bedeutende Messestadt an einem großen Verkehrsknotenpunkt ist Frankfurt weltweit ein Begriff.

Umgekehrt ist Frankfurt auch selbst im Ausland aktiv. In der Arbeit seiner Wirtschaftsförderung und großer kommunaler Unternehmen wie z.B. der Messe Frankfurt und der Fraport AG werden Aspekte von Internationalität und erfolgreicher Integration in den Mittelpunkt gerückt. Frau Oberbürgermeisterin Roth ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen in Brüssel. Auch über die hessische Landesvertretung in Brüssel kann Frankfurt Informationen einholen und Einfluss nehmen.

Die Stadt Frankfurt pflegt seit vielen Jahren in vierzehn Städtepartnerschaften und -freundschaften einen aktiven Austausch, der vom Referat für Internationale Angelegenheiten koordiniert wird. Neben Bürgerbegegnungen und Kulturtagen steht dabei auch immer wieder der Fachaustausch der Stadtverwaltungen im Zentrum der Bemühungen, die wiederholt von Frankfurter Stiftungen gefördert wurden.

Beispiel Eurocities. Frankfurt war 1986 mit einigen seiner Partnerstädte Gründungsmitglied des europäischen Städtenetzes EUROCITIES, das heute über 130 Städte aus 30 Ländern umfasst. Eurocities wirkt durch Netzwerk- und Lobbyarbeit sowie durch Kampagnen mit den Zielen öffentlicher Bewusstseinsbildung, kommunaler Interessenvertretung und Erfahrungsaustausch. Eurocities unterhält ein umfangreiches Büro in Brüssel und zahlreiche institutionelle Partnerschaften. Der Frankfurter

Integrationsdezernent hat 2006 als Vertreter des Magistrats an der Jahreshauptversammlung teilgenommen.

Seit Beginn der 1990er Jahre nutzen Dezernat und Amt für multikulturelle Angelegenheiten die Organisation und Beteiligung an Europakonferenzen und Netzwerken und die Durchführung von EU-Kooperationsprojekten sowohl federführend wie als Partner strategisch für ihre Arbeit. Das Amt wird häufig international eingeladen, die Frankfurter Integrationspolitik und –praxis vorzustellen und ist Anlaufstelle zahlreicher wissenschaftlicher Forschungsvorhaben. Im Jahr 2008 war das Amt u.a. zu Präsentationen auf der großen Konferenz des internationalen Metropolis-Netzwerkes „Mobilität, Integration und Entwicklung in einer globalisierten Welt“ eingeladen.

Beispiel: „Cities for Local Integration Policy (CLIP). Das 2006 konstituierte Netzwerk von 35 europäischen Städten verbindet den Austausch zwischen den öffentlichen Verwaltungen der beteiligten Städte und begleitender Forschung durch fünf Migrationsforschungsinstitute des europäischen Exzellenznetzwerks IMISCOE: Das Netzwerk zielt auf Sammlung und Analyse innovativer Strategien und erfolgreicher Umsetzungsversuch auf kommunaler Ebene im Erfahrungsaustausch zwischen den Städten sowie die Weiterentwicklung europäischer Integrationspolitik durch die Kommunikation politisch relevanter Erfahrungen und Ergebnisse an nationale und europäische Organisationen. Die Projektkoordination liegt bei der Europäischen Stiftung zur Verbesserung des Lebens und der Arbeitsbedingungen (eurofound) mit Sitz in Dublin. Unterstützt wird das Netzwerk u.a. vom Europarat, dem Committee of the Regions (CoR), dem Council of European Municipalities and Regions (CEMR) und dem Europäischen Netzwerk gegen Rassismus (ENAR). Schwerpunktthemen waren bislang Wohnen (2006/2007), Gleichheits- und Diversitätspolitiken (2007/2008) sowie der interkulturelle und interreligiöse Dialog (2008/2009). Künftig werden auch Fragen der ethnischen Ökonomie hinzukommen. Als aktiver Partner organisierte Frankfurt im November 2008 im Plenarsaal des Römers die internationale CLIP-Tagung „Dienstleistungen und Personalpolitik: Integration und Diversity in Kommunen“.

Handlungsperspektiven zur Diskussion

Bereits in der jetzigen Arbeit des AmkA und in der Vorbereitung dieses Entwurfs waren die Kooperation mit anderen Städten und öffentlichen Stellen sowie die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen hilfreich. Sie leisten nicht nur wichtige Beiträge zur Qualitätssicherung. Auch im Sinne einer Weiterentwicklung der Außendarstellung Frankfurts sowie der Sicherung unserer Attraktivität als Standort halten wir es für erforderlich, nicht hinter internationale Standards von Integration zurückzufallen.

Wir halten es für sinnvoll, die bestehenden Netzwerke verstärkt auch für die Außenkommunikation und Interessensvertretung der Frankfurter Politik und Praxis zu nutzen. Eine funktionierende Netzwerkarbeit ist in vielen Bereichen inzwischen auch eine Fördervoraussetzung, z.B. im Falle von EU-Projekten.

Wir regen an, im Rahmen unserer Diskussion auch im Rhein-Main-Gebiet einen eventuellen Abstimmungsbedarf in integrationspolitischen Fragen sowie den möglichen Wunsch nach Kooperation näher auszuloten. Wir schlagen vor, dabei die Möglichkeiten zu einem gemeinsamen regionalen Pilotprojekt zu prüfen, das die Internationalität und Integrationskraft der Region verdeutlicht und weiter voranbringt. Zu überlegen wäre auch die Einrichtung eines Integrationsausschusses beim Hessischen Städtetag oder als ein gemeinsames Gremium aller kommunalen Spitzenverbände Hessens, um Zielsetzungen und Standards kommunaler Integrationspolitik in Hessen zu erörtern und, sofern sinnvoll, besser aufeinander abzustimmen. Die hessische Landesregierung hat bereits deutlich gemacht, in neuen integrationspolitischen Initiativen verschiedene Modellvorhaben zu erproben.

Auf Bundesebene sehen wir neben der bestehenden Mitarbeit in Fachgremien insbesondere die Möglichkeit, durch Modellprojekte sowie durch die Umsetzung des hier vorgelegten Entwurfs beispielhaft zu wirken, zum weiteren Fachaustausch anzuregen aber auch zu politischer Kooperation einzuladen. International wären, neben den bestehenden Netzwerken, weitere Kooperationen im Rahmen der Frankfurter Städtepartnerschaften oder auf Grundlage bestehender Wirtschaftskontakte oder kultureller Beziehungen zu prüfen. Auch ‚klassische‘ Projekte wie Bürgerreisen oder Schülerfahrten können unter Umständen integrationspolitische Wirkung entfalten, wenn es gelingt, internationale Kontakte zu vermitteln, das Verständnis für Wanderungsbewegungen zu erhöhen oder Erfahrungen anderer Einwanderungsgesellschaften zu vermitteln.

Wir schlagen vor, die städtische Mitarbeit in solchen Netzwerken – oder in EU-Projekten – auf einer zweijährlichen Frankfurter Integrationskonferenz zu bündeln, um die Erfahrungen und Ergebnisse auszutauschen und öffentlich wirksam werden zu lassen.

Frankfurt Vernetzt

Dr. Gabriela Bloem

Der Planungsverband hat die Aufgabe, die Grundzüge für die räumliche Entwicklung des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main bis zum Jahr 2020 zu steuern. Hierzu erstellt er gemeinsam mit dem Regierungspräsidium in Darmstadt den Regionalen Flächennutzungsplan.

Dem Regionalen Flächennutzungsplan liegt Prognose zugrunde, dass die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 moderat wachsen und immer internationaler wird. Supervielfalt gilt nicht nur für die Stadt Frankfurt, sondern auch für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, in die sie eingebettet ist. Hier leben 5 Millionen Menschen aus insgesamt 185 Nationen und allen Erdteilen. In Frankfurt sind es Menschen aus 175 Nationen und im Landkreis Miltenberg, dem mit der geringsten Vielfalt, leben Menschen aus immer noch 105 Nationen. Internationalität ist die Besonderheit dieser Region und sie ist Ergebnis einer seit Jahrzehnten gelebten Weltoffenheit. Die hier lebenden Menschen bringen neue Entwicklungen und Kontakte aus der ganzen Welt in die Region und machen sie zur Global Region. Der hier versammelte Sachverstand und die interkulturelle Kompetenz sind Ursache für die wirtschaftliche und kulturelle Prosperität. Die Metropolregion ist aber nicht nur ein Ort des Wohnens und Arbeitens sondern auch ein Ort für politische Statements und kulturellen Disput. Auf dem Römer, vor dem Hauptbahnhof, vor den Toren der Messe,.... wird demonstriert gegen Ungerechtigkeiten in anderen Teilen der Welt. Frankfurt Rhein-Main ist vernetzt nach außen und innen, und das wird augenfällig an den Knotenpunkten der Netze: den Plätzen, Wohn-, Arbeits- Erholungs- und Bildungsorten.

Die Vorstädte von Paris können Stadtplanern heute vor Augen führen, wohin Stadtentwicklungspolitik führen kann, die Supervielfalt nicht als Ziel hat. Die Wohngebiete für wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen wurden am Rande der Agglomeration Paris geplant, sie sind schlecht mit dem öffentlichen Nahverkehr zu erreichen, wenig ansprechend gestaltet und ausreichende Bildungs-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen fehlen. Diese Vororte sind heute Schauplatz für Jugendgewalt, interkulturelle Aggression und Zerstörung.

Fragen, mit denen sich der Planungsverband auseinandersetzt sind:

- Welchen Beitrag kann Stadt- und Regionalplanung für das friedliche Zusammenleben leisten?
- Wie kann Baukultur der Vielfalt der Menschen und Lebensstile gerecht werden?
- Wo sind die weltoffenen Orte der „Global Region“, an denen der Austausch von Lebensstilen, Wissen oder Waren friedlich stattfindet und daraus Neues entsteht?
- Welche Wohn- und Gewerbeflächen, Einkaufsmöglichkeiten, Erholungsgebiete, kulturellen Orte, Verkehrsinfrastruktur brauchen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlichen Fähigkeiten?
- Wo gibt es heute schon globale Orte?

Das Museumsufer Frankfurt ist ein sehr öffentlicher und repräsentativer, lebendiger „Central“-Park der Rhein Main Region.

Eschborn ist ein vielschichtiger, international stark vernetzter Arbeitsort, der aber als „Wall Street“, als Begegnungsraum für die dort Arbeitenden bisher noch nicht gut funktioniert.

Die Messe ist aufgrund ihrer zentralen Lage nicht nur ein repräsentativer Ort des Handels sondern auch ein Ort für kulturelle und politische Begegnung und Innovation. Dies zeigt sich noch gar nicht in ihrer Gestaltung.

Hauptbahnhof und Flughafen sind berühmte Orte der Verknüpfung von internationalen Verkehrsströmen mit der Region, kann hier die Möglichkeit zur Begegnung zwischen den ankommenden Menschen und der Metropolregion verbessert werden?

Die Goethe Universität ist ein Ort für den Austausch und die Innovation des globalen Wissens und der Wertevorstellungen. Der sie umgebende Stadtteil, in dem die Studenten aus aller Welt leben, zeigt das noch nicht. Mit ihrem „Haus der Stille“ ist allerdings auf dem Uni-Campus Westend ein interessanter Ort für religiöse Verständigung entstanden.

Neben diesen Orten mit großer Außenwirkung sind aber gerade die Alltagsorte der „Global Region“ für die Wahrnehmung von Weltoffenheit entscheidend. Der Planungsverband hat begonnen, die Menschen an unterschiedlichen Alltagsorten nach den Qualitäten zu befragen, die sie sich wünschen. Orte waren Parks, Einkaufstraßen, S-Bahn Haltestellen, Wohngebiete. Das Ergebnis deckt sich mit der Befragung von efms (Halisch 2008, S. 191).

Die Gespräche mit vielen Menschen und Institutionen in der Region zeigt, welche Orte der Begegnung und des Austauschs genutzt werden. Diese Orte sind Schulen, Kindergärten, Parks, Einkaufsmöglichkeiten, Rathäuser, Haltestellen des Nahverkehrs, Schwimmbäder, Wohngebiete, öffentliche Plätze, Krankenhäuser oder Betriebe.

Die Befragten wünschen sich für unterschiedliche Orte diese gemeinsamen Eigenschaften. Sie sollen...

- für alle Menschen offen und sicher sein,
- vielfältig nutzbar sein,
- gut erreichbar und in der Nähe der Wohnung und der Arbeitsstätte sein,
- ansprechend gestaltet und ordentlich sein,
- gestaltbar sein.

In der Stadtplanung werden derzeit bundesweit Pilotprojekte betrieben, in denen diese Qualitäten erreicht werden sollen. Es werden Kindertagesstätten mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Bürgerämtern, Sozialstationen und Cafés verknüpft. Auf diese Weise entstehen lebendige neue Stadtteilzentren mit vielen Begegnungsmöglichkeiten, verkürzten Wegen zu Behörden und gegenseitige Hilfe bei der Überwindung kultureller Hindernisse. „Stadtplanung der kurzen Wege“ zwischen Wohn- und Arbeitstätten kann die Gründung von Unternehmen fördern. Sport und die Erholung in der Nähe der Wohnorte fördern den Zusammenhalt. Die Befragten haben immer wieder betont, wie einfach es möglich ist, über Freizeitaktivitäten mit anderen Kontakt zu knüpfen. Lage und

Gestaltung von Erholungsräumen können verbessert werden, um dieser Bedeutung als Begegnungsort Rechnung zu tragen. In Barcelona hat man z.B. Cafépavillons in den Parks aufgestellt – als Einladung zum Verweilen und zum Gespräch.

Der Planungsverband steht noch ganz am Anfang mit seinen Überlegungen zur Gestaltung der vernetzten und supervielfältigen Global Region. Im Moment werden Eindrücke gesammelt und vielfältige Gespräche geführt. Während der Erstellung des Regionalen Flächennutzungsplans können sich alle Menschen unabhängig von ihrem Alter und ihrer nationalen Zugehörigkeit an der Planung beteiligen. Jeder Bürger kann während der Offenlage des Plans seine Meinung schreiben, als Brief oder als Internetbeitrag. In neun Bürgerinformationsgesprächen wird die Planung vorgestellt und diskutiert. Der Planungsverband hofft auf eine breite Beteiligung, gerade auch der internationalen Bevölkerung und auf viele neue Ideen für die Zukunft der Metropolregion.

Gabriele Bloem ist Abteilungsleiterin Planungsmanagement beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main